

Adolf Spaniel, zur Zeit Apremont (Oise), Frankreich

Verteiler : Vorstand, Alfred, Uschi, Hans-Ulrich

Betrifft : Aktion Beobachter – Zweite Durchschrift des Briefes vom 27. 5. 63

Ich bitte dieses Schreiben als einen persönlichen Brief und daher vertraulich aufzufassen.

Liebe Freunde !

( Fünf Freunde erhielten den Brief am 28. 5. abgehend )

Vielleicht gelingt es mir mit diesem Brief, Schlimmeres zu verhüten. Vielleicht gelingt es mir, Worte zu finden, die klärend in dieser Situation wirken. Noch sind die Briefe, die aus Anlaß der Aktion Beobachter geschrieben werden, persönliche Stellungnahmen. Aber ich bin der Meinung, daß der Weg zu Schreiben in einem geharnischten Ton nicht mehr weit ist. Schon werden Stimmen laut, die in dieser Angelegenheit eine öffentliche Diskussion fordern und für den Nichteingeweihten berechnete Gründe anführen. Hierzu möchte ich gleich am Anfang sagen, daß jene Stimmen, die Uschi in ihrem Brief anführt, nur ein Interesse daran haben können, die Situation hochzuspielen. Ich warne dringend, bevor eine Klärung herbeigeführt ist, die Diskussion auszulösen. Sie würde eine Verwirrung in den Reihen unserer Mitglieder schaffen.

Ich will versuchen, das Problem herauszuschälen. Unsere Vorstandssitzung zeigte ganz klar, daß selbst in diesem kleinen Kreise das Grundproblem, "Wie soll sich der Zivildienst – in diesem Falle der deutsche Zweig – zur Frage des gespaltenen Deutschland in politischer Sicht verhalten", von verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachtet und beurteilt wurde. Ob diese Tatsache ein Mangel ist oder nicht, möchte ich hier von der Beurteilung ausschließen. Klar erkennbar ist eines, daß nicht nur eine letzte Entscheidung aus persönlicher Sicht, sondern die allgemeine Entwicklung zur Meinungsbildung beigetragen hat. Wenn von verschiedenen Freunden auf ein unmenschliches Verhalten in gewissen Fällen drüber hingewiesen wird, so ist das sicher eine Tatsache. Sollte dies aber für uns ein Grund sein, von vornherein jegliche Verbindungsaufnahme abzulehnen ? Hätten dann nicht die Ausländer das Recht, mit uns als "Deutschen" jeden Kontakt zu meiden ? Können in weniger als zwanzig Jahren die deutschen Schandtaten ungeschehen gemacht werden ?

Mit dieser Gegenüberstellung möchte ich klarmachen, daß ein Urteil über die geplante Entsendung von Beobachtern meines Erachtens dann falsch ist, wenn es als ein Werturteil derart begründet ist. Auf die weiteren, von Vorstandsmitgliedern vorgetragenen Gründe, Gefährdung des guten Rufes, ungeklärte Rechtslage, la raison d'être, möchte ich im folgenden eingehen.

Die Frage des guten Rufes sollte von zwei Seiten betrachtet werden : im Lichte der öffentlichen Meinung und dem der Regierung. Wenn wir von der Richtigkeit und Notwendigkeit unserer Maßnahme überzeugt sind, sollten wir sie durchführen. Es kann erforderlich sein, Einschränkungen vorzunehmen, um die Durchführung nicht völlig unmöglich zu machen. Einschränkungen im Hinblick auf das Lager in Potsdam hat der Vorstand beschlossen und im Beisein von Chris und Roger wiederholt. Es handelt sich um den Beschluß, der jede Teilnahme absagt, keine Werbung vorsieht und die Vermittlung von Freiwilligen ablehnt. Ich betone noch einmal, dieser Beschluß besteht nach wie vor und ist auf die Dauer eines Jahres befristet. Es ist doch ein großer Unterschied, wenn dann aus zwei Gründen, auf die ich noch eingehen werde, die Entsendung von höchstens zwei Beobachtern beschlossen wird. Um diese Beobachter zu bekommen, muß jemand vom Vorstand (Bertram hat dies übernommen) geeignete Freunde anschreiben und diese wiederum müssen zustimmen. Es ist von ganz untergeordneter Bedeutung, was diese Freunde dort machen, das heißt ob sie ganz oder teilweise mitarbeiten. Wichtig ist, daß sie durch ein Nadelöhr müssen. Es ist doch ein Riesenunterschied zu einer öffentlichen Ausschreibung. Diese Tatsache bitte ich doch in ihrer ganzen Tragweite zu überdenken. Die zweite Bremse ist die von uns gewünschte Zustimmung beziehungsweise Duldung durch die Regierung.

An dieser Stelle setzt die massive Kritik der Freunde ein, die diese Spanne der Entwicklung den Weg vom Rütlichswur zum Gang nach Canossa bezeichnen (sinngemäß). Wenn wir nicht nur eine deutsche Organisation, sondern eng mit einer internationalen Gemeinschaft verbunden sind, und zwar nicht nur organisatorisch, dann müssen wir die Verpflichtungen, die sich aus dieser Verbindung ergeben, in unsere Betrachtungen einbeziehen. Für unsere Freunde im Ausland kann das deutsche Problem einfach nicht das Problem Nummer Eins sein. Zu welchem Urteil soll ein Franzose und Zivildienstler, der den Krieg und die Nachkriegszeit nicht aus eigenem Erleben kennt, kommen, wenn er beispielsweise im Le Monde vom 25. Mai friedlich eingeordnet die Anzeige findet "Berlin vaut le voyage" und etwas weiter "sortez des sentiers battus – visitez l'Allemagne nouvelle" mit Hinweisen auf Dresden etc.?

Wenn Chris und Roger unsere Einschränkungen voll anerkannt haben, dann möchte ich meinen, haben sie Verständnis für unsere Lage gezeigt. Wenn wir dann auf der anderen Seite unsere grundsätzliche Bereitschaft durch die Entsendung von Beobachtern zeigen, haben unter den derzeitigen Umständen auch wir das unsrige getan (wobei die Entsendung doch noch von vielen Bedingungen, die erfüllt werden müssen, abhängt). Ich nehme doch an, dies ist für mich als IC-Vertreter wichtig zu wissen, daß wir unsere Beziehungen verbessern wollen. Dann müssen auch wir einen Schritt zueinander tun.

Mit dieser Lösung, glaube ich, werden wir auch der raison d'être gerecht. Es sollte für alle Organisationen, die internationale Bindungen haben, doch einmal Klarheit geschaffen werden, was sie tun dürfen und können, ohne als suspekt betrachtet oder einem Druck ausgesetzt zu werden. Der normale Staatsbürger tappt in dieser Beziehung wohl sehr im Dunkeln, und mehr als normal informierte Staatsbürger sind wir sicher nicht. Ob wir eine befriedigende, ob wir überhaupt eine Antwort bekommen, ist eine andere Sache. Daß nicht alle Rechtsfragen zufriedenstellend gelöst sind, müssen wir leider als Tatsache hinnehmen, wie den gesamten politischen Zustand überhaupt. – Sollte sich zu einem späteren Zeitpunkt trotz aller Bemühungen um Klarheit die Mehrheit des deutschen Zweiges für einen anderen Weg, das heißt den einer strikten Ablehnung entscheiden, müßte die Frage nach dem Verbleib des deutschen Zweiges in der internationalen Familie gestellt werden.

Meine ganz herzliche Bitte geht dahin, vorerst einmal in Ruhe alles zu überdenken und Disziplin zu bewahren. Allerdings gehen wir damit – und wir dürfen es auf keinen Fall – nicht an der Entscheidung vorbei. Für den deutschen Zweig ist die Entscheidung in dieser Frage die meines Erachtens wichtigste Entscheidung, die wir seit Bestehen des Zweiges zu fällen hatten. Wir treten aus dem bisher weitgehend charitativen Bereich unserer Arbeit in den politischen (getreu den Forderungen unserer Statuten).

Amitié

Aram